



Kommunalwahl 2025 in Lage

Fragen zu ausgewählten Themen

Am 14. September 2025 findet in Lage die Kommunalwahl statt. Die Ortsgruppe Lage des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist sehr an der umweltgerechten und zukunftsorientierten Gestaltung der Stadt Lage interessiert und setzt sich für die Förderung des Naturschutzes und der ökologischen Lebensbedingungen vor Ort ein.

Auch für die bevorstehende Kommunalwahl möchte die Ortsgruppe Lage den Wählerinnen und Wählern wieder anhand einiger ausgewählter Fragen ein Bild der Vorstellungen und Haltungen der antretenden Parteien anbieten.

Hierzu hat die Ortsgruppe Lage die antretenden Parteien am 21. Juli kontaktiert. Die Alternative für Deutschland (AfD) hat sich zu den Fragen nicht geäußert, daher taucht diese in den Antworten nicht auf.

Die Reihenfolge der Antworten orientiert sich an der derzeitigen Anzahl Sitzplätzen im Rat der Stadt Lage (Reihenfolge absteigend):

CDU	Michael Biermann, Fraktionsvorsitzender
SPD	Hans Hofste, Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/ Die Grünen	Ute Habigsberg-Bicker und Monika Beckmann, Fraktionsvorsitzende
FDP	Martina Hannen, Fraktionsvorsitzende
Aufbruch C	Andreas Epp, Fraktionsvorsitzender
Die Linken	Ursula Jacob-Reisinger, Sprecherin Kreisvorstand

Inhaltsverzeichnis

	Die Klimaveränderungen schreiten unübersehbar voran. Wie sind die Vorstellungen Ihrer Partei zur Schaffung einer erhöhten Aufenthaltsqualität in der Innenstadt, im Besonderen unter der Berücksichtigung der Anpassung an den Klimawandel?	3
	Auf Grund des Klimawandels ist es wichtig, die Grünflächen der Stadt zu erhalten. Wie sind die Planungen Ihrer Partei zu dieser Thematik?	5
	Zur Förderung der Biodiversität bedarf es des besonderen Schutzes von bestehendem Grün. Wie positioniert sich Ihre Partei zu entsprechenden Satzungen, wie z.B. der Baumschutzsatzung, insbesondere ihrer wirkungsvolleren Umsetzung?	7
	Im Jahr 2035 will Lage CO2-neutral sein. Welche Strategie verfolgen Sie, um die CO2-Emissionen auf kommunaler Ebene zu senken und welche Meilensteine sehen Sie auf diesem Weg?	9
	Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz ist die Mobilitätswende. Wie stellt sich Ihre Partei in Zukunft die Infrastruktur für FußgängerInnen und RadfahrerInnen in der Innenstadt und den umliegenden Gemeindeteilen vor?	12
	In den Nachbarstädten von Lage wurden flussnahe Bereiche für Naherholung und Naturschutz aufgewertet. Wie könnte sich Ihre Partei vergleichbare Maßnahmen an der Werre vorstellen?	14
	Die Nachhaltigkeitsstrategie wurde im Rat beschlossen. Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, ausreichend Gelder zur Umsetzung der Maßnahmen einzuplanen?	16
	Die Wärmeplanung ist eine der von der Stadt zu bewältigenden Aufgaben. Wie ist Ihre Partei mit dem derzeitigen Stand der städtischen Maßnahmen zu den Themen Wärmeplanung und Energiewende zufrieden? Halten Sie die aktuellen Planungen für ausreichend?	18



Frage 1:

Die Klimaveränderungen schreiten unübersehbar voran. Wie sind die Vorstellungen Ihrer Partei zur Schaffung einer erhöhten Aufenthaltsqualität in der Innenstadt, im Besonderen unter der Berücksichtigung der Anpassung an den Klimawandel?

CDU:

„Um die Attraktivität der Innenstadt zu verbessern, setzen wir auf die Umsetzung des Marktplatzwettbewerbes. Um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen, wünscht sich die CDU mehr Bäume rund um den Marktplatz und in der Fußgängerzone, mehr Spielgeräte, mehr Sitzmöglichkeiten und attraktivere Laternen. Auch kann sich die CDU mehr Wasser in der Stadt vorstellen, z.B. in Form von kleinen Fontänen oder Wasserläufen (einen entsprechenden Antrag hat die CDU bereits 2020 gestellt).

Kritisch sehen wir den Autoverkehr in der Langen Straße: Die Fahrzeuge nehmen viel Platz weg; zwischen Auto und Hauswand ist oft so wenig Platz, dass sich Passanten kaum begegnen können, geschweige denn, dass Ladenbesitzer ihre Angebote vor ihren Geschäften aufbauen können. Eine Neugestaltung der Fahr- und Parksituation kann hier mehr Raum schaffen für schattenspendende Bäume und für Passantinnen und Passanten. Jede Veränderung ist allerdings eng mit den anliegenden Geschäftsinhaberinnen und -inhabern abzustimmen.

Auch das Thema Barrierefreiheit ist zu beachten; an vielen Stellen ist es für Rollstuhlfahrer oder Personen, die auf einen Rollator angewiesen sind, schwierig.“

SPD:

„Die SPD Lage plant, die Innenstadt Lages durch eine Neugestaltung des Marktplatzes, der Bergstraße und der Langen Straße attraktiver zu machen. Dabei strebt die SPD Lage die Steigerung der Aufenthaltsqualität durch Bänke, Bäume und Cafés und eine Anpassung an den Klimawandel durch Entsiegelung befestigter Flächen, Schaffung dezentraler Versickerungsmöglichkeiten und Rückhaltung von Regenwasser, sowie die Erhöhung der Verdunstungsrate durch klima- und insektenfreundliche Vegetationsflächen an. Zudem sollen solche Farbtöne für Oberflächen verwendet werden, die eine Aufheizung der Innenstadt zu vermeiden, und das Thema „Wasser in der Stadt“ (z.B. Wasserspiele, Trinkbrunnen) stärker berücksichtigt werden. Die SPD Lage unterstützt die mit dem neuen Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) Lage Innenstadt 2025 beabsichtigten Ziele, die auf „Mehr Raum für Grün, Leben &



Begegnung“ und die Sicherung und Verbesserung der Attraktivität und Lebensqualität der Innenstadt abzielen.“

Bündnis 90 / Die Grünen:

„Wir GRÜNEN nehmen diesen Punkt sehr ernst. Nachfolgende Generationen brauchen - besonders in der Innenstadt Lages - lebenswerte Bedingungen und eine gute Aufenthaltsqualität.“

Stein- gewisse Metall- und Asphaltflächen speichern Wärme und strahlen diese ab. Deshalb: Fassaden und Dachbegrünung wo immer es geht.

Baumbestand, Wasserspiele (bis hin zu Vernebelung) aber auch Frischluftschneisen kühlen die hohen zu erwartenden Temperaturen um mehrere Grad C. ab.

Auch Extrem-Niederschlag bzw. Hochwasser-Ereignisse werden hoch problematisch, wenn nicht natürliche Retentionsflächen und Schwammzonen geschaffen werden. Wir haben dazu verschiedene Anträge auf den Weg gebracht bzw. umgesetzt.“

FDP:

„Wir wollen die Innenstadt deutlich grüner gestalten. Dies soll nicht der optischen Aufwertung dienen, sondern als wirksame Antwort auf Hitzeperioden und Starkregenereignisse sein. Dazu gehören mehr Bäume, begrünte Fassaden und kleine grüne Inseln zum Verweilen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns auf der Aufwertung des Werregelandes im Herzen der Lagerser

Innenstadt. Auf Höhe des Parkplatzes der Star-Tankstelle und der Alten Burg könnte ein attraktiver Aufenthaltsbereich entstehen, der Naturerlebnis, Erholung und Begegnung miteinander verbindet. Hier könnte man mit schattenspendenden Bäumen, Sitzgelegenheiten und einem direkten Bezug zum Wasser arbeiten.“

Aufbruch C:

„Wir möchten, dass die Innenstadt ein Ort der Begegnung bleibt, an dem man sich wohlfühlt. Mehr schattenspendende Bäume, begrünte Dächer und Fassaden, Trinkwasserstellen und Sitzmöglichkeiten schaffen ein angenehmes Klima – auch an heißen Tagen.“

Die Linken:

„Flächenversiegelung muss im großen Stil rückgängig gemacht werden. Besonders die sehr „steinerne“ Innenstadt Lages muss durch Schaffung von mehr Grünflächen aufgestockt werden.“



Frage 2:

Auf Grund des Klimawandels ist es wichtig, die Grünflächen der Stadt zu erhalten. Wie sind die Planungen Ihrer Partei zu dieser Thematik?

CDU:

„Die ausgewiesenen Schutzgebiete sind auf ihren Zustand hin zu überprüfen. Wo nötig, sind Korrekturen der Pflegemaßnahmen durchzuführen.

Zukünftige Baumaßnahmen haben sich auch an ökologischen Gesichtspunkten auszurichten (z.B. Offenlegung von Gewässern, Kaltluftschneisen für Stadtklima etc.).

Beim geplanten Bau neuer Straßen ist zu prüfen, ob dieser wirklich notwendig ist oder ob es noch Entlastungspotential im bestehenden Straßennetz gibt. Die Optimierung des Verkehrsflusses ist dem Straßenneubau vorzuziehen.

Für die Ausweisung von Ausgleichsflächen sind – wenn möglich – keine weiteren wertvollen landwirtschaftlichen Flächen zu nehmen. Alternativ ist zu prüfen, ob ein kulturbegleitender Umweltschutz gelebt werden kann (Lerchenfenster, doppelter Reihenabstand bei Getreide, naturbelassene Uferstreifen) oder ob nicht mehr benötigte Bauflächen (z.B. Industrieruinen) genutzt werden können.

Es sind Grünflächen zu identifizieren, die weiterentwickelt werden können.

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie / Neugestaltung des Uferbereiches Werre unter klimatischen aber auch Ausgleichsflächen-gesichtspunkten wird seitens der CDU unterstützt.

Wir befürworten Projekte für Schulen z.B. unter Begleitung biologischer Stationen zur Erreichung eines Mehrwertes des innerstädtischen Grüns und der Möglichkeiten eines lebendigen fließenden Gewässers im Innenstadtbereich.

Wir fördern die Entstehung eines Kleingartenvereins und die Ausweisung einer Grabelandfläche. Entsprechende Initiativen hat die CDU bereits in den Jahren 2020 und 2024 gestartet.“

SPD:

„Die SPD Lage bekennt sich in ihrem Wahlprogramm zu einem „Klimafreundlichen Lage“ und betont, dass sie das integrierte Klimaschutzkonzept und die jüngst verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt. Sie unterstützt die im neuen ISEK als Entwicklungsziel definierte Erhaltung, Weiterentwicklung und Schaffung ökologisch wertvoller Grünflächen, die wesentlich zur Lebensqualität beitragen und die Klimaanpassung (Regenwasser-, Hitzemanagement) unterstützen. Die SPD



Lage möchte die fünf großkronigen und stadtbildprägenden Bäume an der Marktkirche zwingend erhalten. Nach unseren Vorstellungen sollen Neuanpflanzungen klimaresilient und insektenfreundlich sein. Das Schwammstadt-Prinzip soll für insektenfreundliche Grünflächen angewendet werden.“

Bündnis 90 / Die Grünen:

„Nicht nur bestehenden Grünflächen müssen erhalten, sondern auch Weitere entsiegelt werden. Wenn Neubaugebiete ausgewiesen werden, sind zusätzlich zur gesetzlichen Vorgabe zukünftig weitere Grünflächen einzuplanen. Ausgleichsflächen sind zeitnah und konsequent umzusetzen.“

FDP:

„Bestehende Grünflächen sind für uns nicht verhandelbar. Diese wollen wir selbstverständlich erhalten, pflegen und gezielt aufwerten. Das betrifft insbesondere den Friedenspark in der Innenstadt, der noch stärker begrünt und durch mehr heimische Bepflanzung ökologisch wertvoller werden kann. Gleichzeitig wollen wir neue Flächen erschließen: In den Lagenser Ortsteilen können beispielsweise kleine Parks oder naturnahe Begegnungsräume entstehen, entweder durch die gezielte Neuanlage oder durch die Renaturierung bisher versiegelter oder ungenutzter Areale. So schaffen wir ein grünes Netz, das das gesamte Stadtgebiet durchzieht.“

Aufbruch C:

„Unsere Grünflächen sind ein wertvoller Lebensraum und tragen zur Erholung bei. Wir wollen sie dauerhaft sichern, Versiegelung reduzieren und neue naturnahe Bereiche schaffen, die allen Menschen zugutekommen.“

Die Linken:

„Bloße Erhaltung ist schon lange nicht mehr ausreichend. Der Natur muss wieder mehr Raum gegeben werden. Es reicht nicht alle Jubeljahre mal zwei bis drei Bäume zu pflanzen um sich dann öffentlichkeitswirksam politisch zu inszenieren.“



Frage 3:

Zur Förderung der Biodiversität bedarf es des besonderen Schutzes von bestehendem Grün. Wie positioniert sich Ihre Partei zu entsprechenden Satzungen, wie z.B. der Baumschutzsatzung, insbesondere ihrer wirkungsvolleren Umsetzung?

CDU:

„Die CDU legt großen Wert auf den Schutz bestehender Grünflächen und die Förderung der Biodiversität. Wir befürworten Maßnahmen, die den Erhalt und die nachhaltige Nutzung von Grünflächen sichern, um die ökologische Vielfalt zu bewahren und das Stadtklima zu verbessern.“

Wir stehen zur aktuellen Baumschutzsatzung. Wir unterstützen den Schutz großer und alter Bäume, da diese wichtige ökologische Funktionen erfüllen. Gleichzeitig betonen wir die Notwendigkeit, bei der Umsetzung dieser Satzung pragmatisch vorzugehen, um Konflikte mit anderen Interessen – etwa Bauvorhaben oder wirtschaftliche Belange – möglichst fair zu lösen.“

SPD:

„Die SPD Lage spricht sich ausdrücklich für den Fortbestand der Baumschutzsatzung in Lage aus, da diese Bäume zum Schutz des Baumbestandes und zur Verbesserung der kommunalen Umweltsituation sowie zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, zur Gestaltung und

Gliederung des Ortsbildes, zur Abwehr schädlicher Einwirkungen auf den Menschen und Stadtbiootope, zur Erhaltung oder Verbesserung des Stadtklimas und zur Erhaltung eines artenreichen Gehölzbestandes beitragen. Die Satzung schützt Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 120 cm, verbietet deren Entfernung oder Schädigung, und schreibt bei Fällungen Ersatzpflanzungen vor. Verstöße können mit bis zu 25.000 Euro geahndet werden. Die SPD Lage sieht den natürlichen Grünschutz als wichtigen Baustein der Klimaanpassung, sowie die Förderung der Biodiversität als explizites Ziel. Die SPD Lage steht hinter dem Grundgedanken der Baumschutzsatzung als Teil ihres Engagements für ein „Klimafreundliches Lage“ und befürwortet eine konsequente Umsetzung der Vorschriften.“

Bündnis 90 / Die Grünen:

„Neben strikter Einhaltung der Baumschutzsatzung (aus 2011) muss auch die Wertschätzung bestehender Bäume noch besser kommuniziert werden.“

Diese Aufgabe steht für die kommende



Legislaturperiode -und darüber hinaus- auf unserer Agenda.

Weiterhin setzen wir uns für den Erhalt, die Pflege und den Verbund von Biodiversitätsflächen ein.

Auch muss eine bewusste Veränderung im Umgang mit Straßenbegleitgrün zu Gunsten der Biodiversität erfolgen. Unser aktueller Antrag zur Verminderung von Mikroplastik in der Umwelt zielt schon in diese Richtung.“

FDP:

„Biodiversität beginnt im Kleinen. Wir unterstützen wirksame Satzungen wie die Baumschutzsatzung. Allerdings ist sie nur dann sinnvoll, wenn sie konsequent umgesetzt werden. Unser Ziel ist es, vielfältige Lebensräume zu schaffen und zu erhalten, beispielsweise vom vermeintlich unscheinbaren Blühstreifen, der Insekten Nahrung bietet, bis hin zur Pflanzung von Bäumen mit unterschiedlicher genetischer Vielfalt, um sie widerstandsfähiger gegen Schädlinge und Klimaveränderungen zu machen.“

Aufbruch C:

„Bäume und Grünflächen sind lebenswichtig für Luft, Klima und Artenvielfalt. Wir setzen uns für eine stärkere Umsetzung der Baumschutzsatzung ein, mit klaren Regeln, Kontrollen und der Möglichkeit für Bürgerpatenschaften.“

Die Linken:

„Die Baumschutzsatzung ist definitiv ein guter Anfang. Es gilt jedoch sie erneut mit Experten zu durchleuchten und Wege zu finden wie hierdurch die Natur in Lage noch effektiver geschützt werden kann. Insbesondere müssen auch ortsansässige Unternehmen mehr in die Verantwortung gezogen werden die Naturanteile ihrer Grundstücke besonders zu pflegen und zu schützen. Naturschutz darf nicht immer nur von einfachen BürgerInnen getragen werden.“



Frage 4:

Im Jahr 2035 will Lage CO2-neutral sein. Welche Strategie verfolgen Sie, um die CO2-Emissionen auf kommunaler Ebene zu senken und welche Meilensteine sehen Sie auf diesem Weg?

CDU:

„Lage wird leider nicht bis 2035 CO2-neutral werden. Es gibt keine Haushaltsmittel in den Ansätzen für die nächsten Jahre, die dieses Ziel erreichen könnten. Außerdem ist der Zeitraum viel zu kurz, 2045 wird schon schwierig.“

Um das Ziel der CO2-Neutralität zu erreichen, kann die Stadt Lage eine umfassende und nachhaltige Strategie verfolgen, die verschiedene Handlungsfelder integriert. Hier sind zentrale Ansätze:

- Förderung erneuerbarer Energien: z.B. durch Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden und die Unterstützung privater Investitionen.
- Energieeffizienz steigern: Modernisierung öffentlicher Gebäude, Schulen und Infrastruktur durch energetische Sanierungen, um den Energieverbrauch zu senken. Dies geschieht schon seit Jahren (siehe energetische Sanierung der Schulen) und wird fortgesetzt werden.
- Nachhaltiger Verkehr: Ausbau des Radwegenetzes (siehe CDU-Antrag September 2024 und aus 2020), Förderung des öffentlichen Nahverkehrs (Koalitionsantrag CDU / Grüne / FDP aus

September 2022) sowie Umstellung der städtischen Fahrzeugflotte auf Elektro- oder Wasserstoffantrieb.

- Lokale Kreislaufwirtschaft: Förderung von Recycling, Wiederverwendung und nachhaltiger Konsum, um den Ressourcenverbrauch zu minimieren.
- Grünflächen und Biodiversität: Erhöhung des Baumbestands, Begrünung von Flächen und Schutz bestehender Grünanlagen zur Verbesserung des Klimas vor Ort.
- Bürgerbeteiligung und Bildung: Sensibilisierung der Bevölkerung für Klimaschutzmaßnahmen und Einbindung in lokale Projekte.

Ein Meilenstein auf dem Weg zur Klimaneutralität ist das vor einigen Wochen beschlossene Nachhaltigkeitskonzept.

Dieses ist eine Richtschnur, an der sich Politik und Verwaltung gemeinsam orientieren wollen.“

SPD:

„Die SPD Lage bekennt sich zu dem Ratsbeschluss aus dem Jahr 2020, dass die Stadt Lage bis 2035 klimaneutral wird. Sie erkennt an, dass bisherige Maßnahmen und



Planungen dazu noch nicht ausreichen. Wir möchten den Bürgerinnen und Bürgern günstige und emissionsarme Wärmelösungen (Fernwärme, Blockheizkraftwerke) anbieten. Gleichzeitig möchten wir einen behutsamen und naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien, wobei alle städtischen Gebäude PV-Anlagen erhalten sollen. Die Mobilitätswende soll mit intelligenten Verkehrslösungen wie KI-unterstützter Ampelsteuerung und dem Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur vorangebracht werden. Die SPD Lage setzt sich dafür ein, dass Klimaauswirkungen bei jeglichen Entscheidungen berücksichtigt werden und bei negativer Prognose Alternativen geprüft werden müssen.“

Bündnis 90 / Die Grünen:

„2035 klimaneutral zu sein ist ein Ratsbeschluss, der für uns GRÜNEN verbindlich ist.

Wir haben Solar-Energie auf viele öffentliche Dächer gebracht -ein wichtiger Baustein zur Klimaneutralität. Auch Agri-PV in Betracht zu ziehen ist unser Plan. Windkraft sollten wir dort umsetzen, wo auch die Akzeptanz dafür gegeben ist bzw. keine ökologischen Bedenken vorliegen. Hier muss noch mehr geschehen und wir hoffen, dass die Netzstruktur zügig ausgebaut und Speichertechnologie vorangebracht ist. Dazu sind wir mit dem Netzbetreiber im Gespräch. Die Stromnutzung muss dezentral und unter Bürgerbeteiligung erfolgen.

Private Klimaschutzprojekte fördern.

Ein weiterer Meilenstein wäre die CO₂-Einsparung im Gebäudebereich. So z.B. die Nutzung vorhandener Strukturen vor Totalabriss und Neubau (Bsp. 'Papageiensiedlung').

Hohe Effizienzstandards bei Neubau und Sanierung.“

FDP:

„Unser Ansatz ist praxisnah:

- Abwärme nutzen: Die Abwärme der Zuckerfabrik könnte das Schulzentrum Werreanger, die Sporthalle oder das Hallenbad effizient und nachhaltig mit Energie versorgen
- Erneuerbare Energien fördern: Wir wollen Photovoltaik auf privaten und gewerblichen Dächern stärker unterstützen und bürokratische Hürden abbauen
- Windkraft als Bürgerprojekt: Durch genossenschaftliche Modelle können sich Bürger direkt beteiligen und von der Energiewende profitieren.

Das Ziel ist ein verbindlicher Fahrplan mit Zwischenzielen, der regelmäßig überprüft und nachjustiert wird. Nur so bleibt der Weg zur CO₂-Neutralität realistisch und transparent.“

Aufbruch C:

„Wir wollen mit Mut und klarer Planung ans Ziel: Ausbau von erneuerbaren Energien, energetische Sanierungen, Förderung umweltfreundlicher Mobilität und Aufforstung. Jährliche Fortschrittsberichte



sollen zeigen, dass wir gemeinsam vorankommen.“

Die Linken:

„Der ÖPNV muss ausgebaut werden. Das bedeutet er muss attraktiver, zugänglicher, bezahlbarer und grüner werden. Auch im ländlichen Bereich ist eine Verkehrswende möglich. Außerdem müssen weiterhin die örtlichen größeren Unternehmen mehr geprüft und mit Verpflichtungen zum Umweltschutz, sowie zur Herabsenkung der eigenen Emissionen belegt werden.“



Frage 5:

Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz ist die Mobilitätswende. Wie stellt sich Ihre Partei in Zukunft die Infrastruktur für FußgängerInnen und RadfahrerInnen in der Innenstadt und den umliegenden Gemeindeteilen vor?

CDU:

„Die CDU strebt eine sichere, komfortable und umweltfreundliche Infrastruktur an, die den Fuß- und Radverkehr in der Innenstadt sowie in den Ortsteilen stärkt. Ziel ist es, den Menschen attraktive Alternativen zum Auto anzubieten, um so einen Beitrag zur Klimaschutzstrategie und zur Lebensqualität vor Ort zu leisten.

Dazu gehört ein guter Übergang zwischen den verschiedenen Verkehrsarten (z.B. zwischen Bus und Zug), ein gut ausgebautes Radwegenetz, verlässliche Busverbindungen zwischen den Ortsteilen und der Innenstadt (hier v.a. zum Bahnhof) etc.

Siehe dazu den Koalitionsantrag aus September 2022 zur Ausweitung des Angebotes des Limo v.a. in den Ortsteilen.

Siehe dazu auch unseren CDU-Antrag aus September 2024 u.a. zur vermehrten Ausweisung von Schutzstreifen für Radfahrer.

Zur Wahrheit gehört aber auch, das es durchaus Forderungen gibt, die Innenstadt weiterhin voll befahrbar zu lassen. Hier werden letztlich demokratische Mehrheiten

zeigen müssen wie sich die Einwohner eine lebenswerte Innenstadt vorstellen.“

SPD:

„Die SPD Lage plant eine erhebliche Verbesserung der Infrastruktur für Fußgänger und Radfahrenden. Für Radfahrer fordert die SPD Lage ausreichend dezentrale, wetterschützte und diebstahlsichere Fahrradabstellplätze, die auch besondere Bedarfe berücksichtigen, sowie E-Bike-Ladeinfrastruktur. Jeder Ortsteil soll eine sichere Radwegeverbindung in die Innenstadt erhalten. Die Innenstadt soll als zusammenhängende und barrierefreie Fußgängerzone wahrnehmbar bleiben, mit klaren und übersichtlichen Wegeführungen und einer attraktiven Beschilderung zur Orientierung. Die Lange Straße soll von einem verkehrsdominierten zu einem öffentlichen Raum umgewandelt werden, mit dem Ziel, den Raumanspruch für motorisierten und ruhenden Verkehr zu reduzieren.“

Bündnis 90 / Die Grünen:

„Im Bereich Mobilität sehen wir GRÜNEN den Schwenk zum E-Antrieb als am Effektivsten.



Norwegen zeigt, wie das geht. Von uns geforderte Ladestationen sind bereits installiert -mit Augenmerk auf weiteren Ausbau.

Parallel müssen ÖPNV aber auch Rad -und Fußverkehr an Attraktivität zulegen! Der Verzicht aufs Auto (z.B.'Mama-Taxi') positiv beworben werden.

Wir haben einige neue Radwege durchgesetzt und planen am intelligenten Radverkehrskonzept für Lage.“

FDP:

„Mobilität muss für alle funktionieren. Hier ist egal ob jemand zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Auto oder mit dem ÖPNV unterwegs ist. Wir wollen die Lücken im Radwegenetz schließen und bestehende Wege pflegen. Für Fußgänger brauchen wir sichere, gut beleuchtete und barrierefreie Wege. Beim öffentlichen Nahverkehr setzen wir auf flexible, bedarfsgerechte Angebote wie die Limo statt auf große Busse, die oft leer fahren. So können wir das Thema Mobilität in Lage effizient gestalten und gleichzeitig die Akzeptanz bei allen Verkehrsteilnehmern stärken. Denn alle Verkehrsteilnehmenden haben ihre Daseinsberechtigung. Deshalb ist es notwendig, dass alle im Blick behalten werden.“

Aufbruch C:

„Fußgänger und Radfahrer sollen sicher, bequem und barrierefrei unterwegs sein können. Gut beleuchtete Wege zwischen Innenstadt und Ortsteilen, ergänzt durch

Ruhebänke, laden zum Gehen und Radfahren ein.“

Die Linken:

„Innenstädte müssen nicht nur grüner werden, sondern auch den BürgerInnen besser zur Verfügung stehen. Autofreie Innenstädte mit Sondergenehmigung für einen ausgebauten ÖPNV ist die Zukunft und zwar die einzige Zukunft mit der ein Klimakollaps noch eventuell aufgehalten werden kann.“



Frage 6:

In den Nachbarstädten von Lage wurden flussnahe Bereiche für Naherholung und Naturschutz aufgewertet. Wie könnte sich Ihre Partei vergleichbare Maßnahmen an der Werre vorstellen?

CDU:

„Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie / Neugestaltung des Uferbereiches Werre unter klimatischen aber auch Ausgleichsflächengesichtspunkten wird seitens der CDU unterstützt.

Die Aufwertung flussnaher Bereiche für Naherholung und Naturschutz kann auf vielfältige Weise gestaltet werden, um sowohl die Umwelt zu schützen als auch den Menschen attraktive Erholungsräume zu bieten. Hier sind einige Beispiele, wie so eine Aufwertung aussehen kann:

Naturnahe Ufergestaltung: Renaturierung der Flussumfer mit natürlichen Uferzonen, Buhnen und Flachwasserbereichen, um die Biodiversität zu fördern. Siehe z.B. die geplante Renaturierung des Sunderbaches in Müssen.

Grünflächen und Erholungszonen: Anlage von Wiesen, Blumenwiesen und Baumgruppen entlang des Flusses für Spaziergänge, Picknicks und Naturbeobachtungen. Siehe geplantes Hochwasserschutzkonzept im Bereich der Werre in der Nähe des Werreangers.

Wege und Zugänge: Ausbau von barrierefreien Wander- und Radwegen entlang des Flusses, die die verschiedenen Bereiche miteinander verbinden.

Umweltbildung und Information: Installationen mit Informationen über die lokale Flora und Fauna sowie den Schutz des Flussökosystems. Siehe hierzu das sehr gelungene Realschulprojekt entlang der Werre im Innenstadtbereich.

Schutzmaßnahmen gegen Erosion und Hochwasser: Einsatz von naturnahen Schutzmaßnahmen wie Uferrückverlegung oder Pflanzungen zur Stabilisierung der Ufer. Schaffung von Überschwemmungsflächen, die bei Hochwasser temporär Wasser aufnehmen können. Siehe hierzu einige der geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen der Stadt.

Durch diese und weiterer Maßnahmen entstehen flussnahe Areale, die sowohl dem Naturschutz dienen als auch der Bevölkerung eine hochwertige Naherholungsfläche bieten. Das Ergebnis sind lebendige Ökosysteme, die das Stadtbild aufwerten und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.“



SPD:

„Die SPD Lage befürwortet die vorliegende Rahmenplanung zur Aufwertung der Werre und ihres Umfeldes, die auch dem Hochwasserschutz dient. Mit dem „Werre-Wasserpark“ und einem „blauen Klassenzimmer“ setzen wir auf das Erleben des Naturraums Werre. Die SPD Lage bekennt sich auch ganz allgemein zum Schutz vor Hochwasser und Starkregen, indem Gewässer renaturiert, Kanäle und Rückhaltebecken ausgebaut und Straßengräben instandgehalten werden.“

Bündnis 90 / Die Grünen:

„Die flussnahen Bereiche der Werre versuchen wir trotz der Haushaltslage mittels Fördermitteln naturnah aufzuwerten. Das steigert die Aufenthaltsqualität, dient dem Naturschutz und zieht Touristen an.

Wir unterstützen ausdrücklich die Schüler-Werreprojekte und würden uns wünschen, zusammen/ parallel mit BUND, NABU...(?) ähnliche Projekte zu starten, um auch den Wert von Wasser und Natur zukünftig noch besser vermitteln zu können. Mit dem neu aufgestellten Umwelt-Team der Stadt Lage erhoffen wir uns weitere Impulse.“

FDP:

„Die Werre wird bisher zu wenig für das Stadtleben und die Natur genutzt. Wir wollen den Bereich in der Innenstadt aufwerten (ähnlich wie in Frage 1 beschrieben) und ihn so gestalten, dass er sowohl der Naherholung als auch dem Naturschutz dient. Das

bedeutet: Mehr Sitz- und Schattenplätze am Wasser, eine naturnahe Ufergestaltung mit heimischen Pflanzen und Möglichkeiten für die Umweltbildung vor Ort. So wird die Werre zu einem lebendigen Teil der Innenstadt.“

Aufbruch C:

„Die Werre kann ein Ort werden, an dem Naturerlebnis und Erholung Hand in Hand gehen. Wir wollen naturnahe Uferzonen, schöne Spazier- und Radwege sowie stille Plätze, die zum Innehalten einladen.“

Die Linken:

„Die Werre gehört in erster Linie der Natur und in zweiter Linie den BürgerInnen. Wir wollen prüfen lassen ob es Stellen gibt, an der sich Naherholungsflächen, die mit Naturschutz vereinbar sind, umsetzen lassen, wobei letzteres Priorität haben sollte.“



Frage 7:

Die Nachhaltigkeitsstrategie wurde im Rat beschlossen. Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, ausreichend Gelder zur Umsetzung der Maßnahmen einzuplanen?

CDU:

„Die Nachhaltigkeitsstrategie trägt die CDU mit. Finanziert werden die einzelnen Maßnahmen aus Eigenmitteln oder Fördermitteln; auch sind Mischfinanzierungen möglich (ein Teil der Maßnahme wird durch Fördermittel finanziert, der Rest durch Eigenmittel).

Auf Antrag der CDU wurde in den Ratsbeschluss aufgenommen, dass „die konkrete Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen [...] jeweils unter Entscheidungs-Finanzierungsvorbehalt des Rates [steht].“

Die einzelnen Maßnahmen werden priorisiert werden müssen, die Finanzierung wird dann von Fall zu Fall unter Beachtung der leider nur sehr begrenzt stehenden Finanzmittel zu klären sein. In Anbetracht der schlechten Haushaltslage wird dies eine Herausforderung sein, der sich die CDU aber in Anbetracht der wichtigen Themen gerne stellen wird.“

SPD:

„Die Nachhaltigkeitsstrategie beinhaltet wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte. Nachhaltig ist nur das, was auch wirtschaftlich ist. Bei allen städtischen

Vorhaben sind daher Nachhaltigkeitsaspekte regelmäßig mitzudenken. Im Rahmen einer integrierten Planung bedeutet nachhaltiges Handeln nicht zwingend höhere Aufwendungen.“

Bündnis 90 / Die Grünen:

„Nachhaltigkeit ist schon und wird immer mehr zum Kernthema jeglichen Handelns von Politik und Verwaltung. Hier zu investieren ist zukunftsrelevant und wird sich amortisieren!

Passende Förderprogramme zu sichten und zu nutzen werden wir stetig einfordern. Wir unterstützen und mahnen die Verwaltung mit dem Kämmerer bei der Aufstellung eines nachhaltigen Haushalts.“

FDP:

„Die Nachhaltigkeitsstrategie darf kein Papiertiger bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass die notwendigen Gelder nicht nur im Haushalt bereitgestellt werden. Dazu gehört für uns, Fördermittel von Land, Bund und EU konsequent abzurufen und innovative Finanzierungsmodelle zu prüfen. Der Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe und diese Aufgabe muss auch finanziell so behandelt werden.“



Aufbruch C:

„Nachhaltigkeit darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Deshalb wollen wir, dass im Haushalt verbindlich Mittel für Klimaschutz- und Naturschutzprojekte eingeplant werden – auch wenn das bedeutet, an anderer Stelle zu sparen.“

Die Linken:

„Schlimmste Umweltsünder sind und bleiben große Unternehmen, die mit bloßen Fokus auf Gewinnmaximierung zu lange kaum bis keine Rücksicht auf Mensch und Natur genommen haben. Diese müssen anstelle einfacher BürgerInnen zur Kasse gebeten werden.“



Frage 8:

Die Wärmeplanung ist eine der von der Stadt zu bewältigenden Aufgaben. Wie ist Ihre Partei mit dem derzeitigen Stand der städtischen Maßnahmen zu den Themen Wärmeplanung und Energiewende zufrieden? Halten Sie die aktuellen Planungen für ausreichend?

CDU:

„Die Westfalen Weser Netz GmbH wurde mit der Erstellung mit der Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung beauftragt. Die Ergebnisse wurden am 9. Juli der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Ergebnisse werten wir derzeit aus. Die vollständige Wärmeplanung wird voraussichtlich im Spätsommer 2025 abgeschlossen sein.“

SPD:

„Die SPD Lage bekennt sich in ihrem Wahlprogramm klar zur Energiewende und strebt eine „vernünftige Planung“ für günstige Energie (Fernwärme, Blockheizkraftwerke) an. Sie verfolgt den behutsamen und naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien und setzt sich dafür ein, dass alle städtischen Gebäude PV-Anlagen erhalten. In der Vergangenheit sind bereits erhebliche Mittel in die energetische Sanierung städtischer Gebäude investiert worden.“

Bündnis 90 / Die Grünen:

„Die kommunale Wärmeplanung fortzuführen und umzusetzen ist eines unserer wichtigsten

Ziele. Bürgerinnen und Bürger brauchen Planungssicherheit.

Die Nutzung innovativer Technologien wie Geothermie/ Großwärmepumpen (parallel zu landwirtschaftlicher Nutzung der Fläche) Flusswärmepumpen, Solarthermie sollte evaluiert werden.

Individuell abgestimmte Nahwärmenetze in Quartieren und Gewerbegebieten eingesetzt und Windkraft/ Speicher/ Wasserstoff-Technologie -wo effektiv- genutzt werden (s.o.)“

FDP:

„Der aktuelle Stand der städtischen Maßnahmen überzeugt uns nicht. Die Planungen sind zu wenig transparent, und entscheidende Partner (wie das lokale Handwerk, das die Maßnahmen umsetzen soll) werden nicht ausreichend einbezogen. Die Bürgerinnen und Bürger erleben die Wärmeplanung kaum mit, deshalb entsteht oft der Eindruck, dass alles vorgegeben werde. Für die erfolgreiche Energiewende vor Ort brauchen wir deutlich mehr Offenheit,



Beteiligung und eine Kommunikation auf Augenhöhe. Deutlich mehr Transparenz ist für die Akzeptanz wichtig.“

Aufbruch C:

„Wir begrüßen die bisherigen Schritte, wünschen uns aber mehr Tempo. Wärmenetze, erneuerbare Energien und Unterstützung der Haushalte bei der Umstellung müssen entschlossen und sozialverträglich vorangetrieben werden.“

Die Linken:

„Der Fokus der Politik der letzten Jahre ist klar in eine richtige Richtung gewandert und bisherige Pläne sind ein guter Anfang. Aber ein guter Anfang ist in der heutigen Zeit einfach nicht mehr ausreichend und kommt zu spät. Wir sind dafür, dass jede Möglichkeit von Einsparungen von Emissionen und Umweltschutz genutzt werden muss, mögen sie auch für den Moment radikal wirken. Der Planet brennt, wortwörtlich, und auch Lage ist ein Teil davon. Retten wir unsere Erde und unser Lage jetzt und nicht erst in ein paar Jahren.“



Kontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband NRW e.V. (BUND NRW e.V.)
Ortsgruppe Lage

Petra Kuhfus petra.kuhfus@bund-lage.de
Claudia Viotto claudia.viotto@bund-lage.de
Florian Winter florian.winter@bund-lage.de

Impressum

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband NRW e.V. (BUND NRW e.V.)
Ortsgruppe Lage

Web: bund-lage.de
Mail: info@bund-lage.de
V.i.S.d.P.: Petra Kuhfus